Wir erinnern daran!

Wer macht die Einheitsfront zum Manöver?

Das Tempo der Entwicklung der politischen Ereignisse steigt fieberhaft. Nicht erst seit heute und gestern, sondern schon seit Beginn der immer schärfer anziehenden Wirtschaftskrise des Kapitalismus hat die Bourgeoisie Stück um Stück aus der „demokratischen" Staatskulisse herausgerissen, bis sie jetzt, bedingt durch den abgrundtiefen Riß in ihrer Wirtschafts„ordnung", die derzeitige Papenregierung durch ihren Statthalter Hindenburg rufen ließ, damit sie die ganze jämmerlich zerfetzte Kulisse aus dem Wege räume.

Hinter ihr steht die nackte faschistische Diktatur, die vor einigen Tagen von der Nazizeitung des Ruhrgebietes mit folgenden Worten signalisiert worden ist: „Geht die politische Entwicklung in Deutschland so weiter, dann kann man den Tag an der Hand abzählen, an dem Deutschland in den Fäusten der SA und auf den Bajonetten der Reichswehr liegen wird."

Das ist so ungefähr die knappste Formel für den militärischen Ausnahmezustand, mit dem der Reichswehrminister und General Schleicher immer drohender in den Vordergrund tritt. Und daß die Naziprese so siegesicher darüber berichtet, daß sich ihre neuuniformierte SA mit der Reichswehr in die absolute Staatsmacht von morgen teilen wird, das bestätigt schließlich nur die bindenden Vereinbarungen zwischen Hitler, Papen, Schleicher und dem Reichspräsidenten der sozialdemokratischen Führerschaft, die jetzt der Reihe nach pünktlich wie fällige Wechsel eingelöst werden.

Dabei muß aber um der Vollständigkeit willen noch daran erinnert werden, daß dieser General Schleicher schon unter der Regierung des sozialdemokratischen Tolerierungsbruders Brüning der amtlich beteilte Verbindungsmann zu den Nazis war und im Auftrage seines damaligen Chefs eifrig an der Erziehung der Hitlerpartei zur Systempartei gearbeitet hat.

Und heute ist die wieder legalisierte SA die Systemarmee, die mit blutigem Terror die Durchführung der ökonomischen und sozialen Reaktion garantieren soll. Sie ist der Knüppel der faschistischen Kapitalsdiktatur, der auf den hungrigen Wängen der geschundenen und ausgebeuteten Werktätigen schlagen muß. Der Faschismus ist also die gegenwärtige Herrschaftsmethode des bankrotten Kapitalismus, daran müssen wir alle Werktätigen immer wieder erinnern!

Die Massen der Hungernden rebellieren gegen den Faschismus. In ihnen wächst der Wille zum entschlossenen Widerstand von Tag zu Tag. Eine gewaltige Armee der Ausgebeuteten formiert die Reihen zu roter Einheitsfront, jetzt sich in Marsch, und ihr Losungswort ist: Antifaschistische Aktion. Kommunistische, parteilose und sozialdemokratische Arbeiter stehen gemeinsam im Kampf gegen die Terrorbanden des Hakenkreuzes, gegen den Unterstützungsabbau, steuerliche Massenbelastung und politische Reaktion.

Um die Schaffung dieser roten Einheitsfront zum Kampf gegen kapitalistische Barbarei ringt die Kommunistische Partei mit unermüdlicher Zähigkeit seit Jahren. In der ehrlichen Absicht, die Arbeitermassen ihren Klassenfeinden und den Verratern an den proletarischen Interessen zu entreißen, alle Illusionen aus ihren Köpfen herauszuhämmern, die sie an der rücksichtslosen Wahrung ihrer Klasseninteressen hindern, organisiert die Kommunistische Partei diese rote Einheitsfront. Und jetzt, da trotz scheinbarer „Gegenbewegung" diese Einheitsfrontbewegung immer kraftvoller wächst, jetzt kommen die sozialdemokratischen Führer und überschreien sich förmlich, daß das alles nur „Manöver" seien, aufgeregter Schwindel, um die „Parteisuppe der Nazis" zu kochen.

Auch hier erinnern wir die Arbeiter daran, daß das nichts Neues ist. Unendlich oft haben die sozialdemokratischen Führer mit geradezu sturer Beharrlichkeit in die Welt hinausgeschrien, daß wir eigentlich die „Zerstörer" der Einheitsfront seien und mit den Faschisten im Bunde wären. Und jetzt steigern sie die Hetze wieder, ereifern sich aufs neue, um den „Nachweis" zu erbringen, daß die Kommunisten die Verbündeten der Nazis seien. Da stand zum Beispiel gestern im Landtag ein Antrag auf Auflösung des sächsischen Parlaments, und der Sozialdemokrat Bochel hat eine lange und wüste Rede gegen die Auflösung gehalten, an deren Schluß er eine Erklärung seiner Partei gegen die Auflösung verlesen hat, mit der wir uns noch des näheren beschäftigen werden. In dieser Rede hat er ein Loblied auf die Schickpolizei gesungen, die den Faschisten nicht ausgeliefert werden dürfe, und auf den sächsischen Staatsapparat, der vor Nazimännern bewahrt werden müsse.

Wir erinnern aber die SPD-Arbeiter daran, daß unmittelbar nach dem roten Volksentscheid in Sachsen an der Oberfläche des Polizeiapparates Blasen aufgestochen wurden, die einen weitverbreiteten Nazibrei in fast allen Kommandostellen der Polizei bloßlegten, was damals von den SPD-Führern benutzt wurde, in allen Tonarten über die „sächsische Nazipolizei" zu wettern. Und die sächsische SPD-Presse hat sich zwei Tage nach dem Volksentscheid die Meinung einer demokratischen Zeitung zu eigen gemacht, daß die SPD für den Volksentscheid gestimmt hätte, wenn ihr die Verhältnisse in Polizei und Justiz bekannt gewesen wären.

Warum sie das alles erst nach der Aktion „gemerkt" hat? Weil dann nicht mehr die Gefahr bestand, daß sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft in Einheit mit ihren kommunistischen Klassengenossen am Volksentscheid beteiligte und, ausgehend von dieser Handlung, zur außerparlamentarischen Aktion gegen die Sozialreaktion und den Hungerkurs der Schieckregierung und damit zum Kampf gegen das kapitalistische System überging. Es war also eines der vielen und raffinierten Manöver der sozialdemokratischen Führerschaft zur Verhinderung der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiterklasse.

Und jetzt steht wieder Reichstagswahl auf der Tagesordnung. Die SPD läßt ihren Wahlapparat wieder mit aller Skrupellosigkeit spielen, macht sich zum „Führer" der Massenstimmung ihrer Anhängerschaft, die die Einheit und den Kampf gegen den faschistischen Kurs in Deutschland wollen, um dieses ehrliche Wollen nach dem großen Beispiel des Munitionsarbeiterstreiks 1918 und seiner tausenden Nachfolger der vierzehn Nachkriegsjahre in sein Gegenteil zu verkehren und so der Bourgeoisie und ihrer Diktaturregierung Papen-Schleicher bei der unmittelbaren Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur weiter Hilfsdienste zu leisten.

Immer spekulieren sie dabei auf die Vergeßlichkeit der Arbeiter und auf die noch vorhandenen parlamentarischen Illusionen im Proletariat, die erst vor wenigen Monaten ihnen die Möglichkeit gaben, den kaiserlichen Generalfeldmarschall als das „kleinere Uebel" auf den Präsidentenstuhl zu setzen. Die Volkszeitung kommentierte vorgestern eine deutschnationale Aeußerung über die Papenregierung mit dem Satz, daß es sich am 31. Juli entscheiden werde, ob das werktätige Volk die demokratische Verwaltung des Staates wieder herbeiführen werde oder ob die Papenregierung weiter herrschen könne.

Dabei wissen diese Burschen ganz genau, daß der faschistische Kurs der deutschen Bourgeoisie nicht durch das Parlament korrigiert werden kann, daß er es vielmehr ist, der jedes ihm nur scheinbar Schwierigkeiten bereitendes Parlament korrigieren wird. Und daß eben hinter den Reichstagswahlen die Bajonette der Reichswehr und Hitlers Mordbanden stehen, nur auf den Befehl wartend, nicht nur nach Eberts Muster die Reichsexekutive gegen Sachsen durchzuführen, sondern ganz Deutschland auf diese Bajonettspitzen zu stellen.

Und diesen Kurs unterstützen die sozialdemokratischen Führer mit ihren gaunerhaften Manövern gegen die Einheitsfront der Arbeiterschaft, die die Proleten nur auf die Parlamente lenken soll, um den Kampf in Betrieb und Stempelstelle zu sabotieren. Und deshalb richtet sich die proletarische Einheitsfront auch gegen die SPD-Führer, die unter einer verlogenen Maske die „Eiserne Front" als Einheitsorgan ausgeben, während sie geschaffen wurde, um die Arbeiter auch in Zukunft dem kapitalistischen Staatsapparat unterzuordnen.

An all das müssen die sozialdemokratischen Arbeiter denken, sie müssen tagtäglich und stündlich daran erinnert werden, damit sie in steigendem Maße die Erkenntnis gewinnen, daß ihr Platz in den Reihen der antifaschistischen Aktion ist, an deren siegreichen Sieg Deutschland weder in den Fäusten der SA noch auf den Bajonettspitzen der Reichswehr, sondern in den viel härteren Fäusten der siegreichen Arbeiterklasse hängt wird.

Nur auf dem Wege der Antifaschistischen Aktion kann die Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur verhindert, der Faschismus vernichtet und ein freies sozialistisches Deutschland errichtet werden!

Ausnahmezustand für Berlin und Ruhr

Severing verlangt schärfste Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft . Papen-, Preußenregierung und Nazis für militärisches Ausnahmerecht gegen KPD

Nach Informationen des Reichsinnenministeriums, die in der heutigen Morgenpresse des gesamten Bürgertums eine große Rolle spielen, hat die Papenregierung bereits alle Vorbereitungen getroffen, um Anfang der nächsten Woche eine neue Notverordnung zu erlassen, die die generelle Aufhebung des Uniformverbotes für alle Reichsgebiete anordnet. Das wichtigste aber ist, daß gleichzeitig mit dieser Verordnung weitere ungeheure Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft in Vorbereitung sind, die noch stärker in die Fesseln der politischen Notverordnungen geschlagen werden soll.

So wird schon für die nächsten Tage die Verhängung des Ausnahmezustandes für Berlin und das Ruhrgebiet erwogen. Im Einvernehmen mit der preußischen Regierung Severings sollen sofort schärfere Maßnahmen ins Auge gefaßt werden, die sich vor allen Dingen gegen Berlin und den industriellen Westen Preußens richten. Für diese Gebiete soll unter allen Umständen der Ausnahmezustand verhängt werden, da sie nach den Darlegungen der Regierung besonders bedroht seien.

Es versteht sich am Rande, daß diese Meldungen in einer maßlos gesteigerten Hetze gegen die Kommunistische Partei ausgenutzt werden, gegen die sich die Maßnahmen ausschließlich richten sollen. So antwortet also die Papenregierung auf den antifaschistischen Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen die Sturmritterbanden der Hitlerfaschisten. So wird auf Drängen der Nazis das Sonderrecht gegen die hungernden Erwerbslosen noch verschärft und Severing ist mit im Bunde! Das ist die Praxis der sozialdemokratischen „Kampfes" gegen die Papen-Schleicher-Regierung, daß ihre Führer gemeinsam mit der schärfsten politischen Reaktion Ausnahmegesetze gegen das Proletariat schmieden, mit „schärferen Waffen" die Hungerrufe zu ersticken und den Faschismus zu machen, durch gesetzliche Ausnahmebestimmungen den Nazis Aufmarsch- und Terrorgelegenheit in den proletarischen Bezirken zu geben. Aber die Herren werden sich irren, denn die antifaschistische Arbeiterschaft kann nicht mit Ausnahmegesetzen vom Kampf gegen den Hunger abgehalten werden.

Antifaschistische Aktion

Kundgebung der Erwerbslosen in Dresden

Als Auftakt für den Aufmarsch der Antifaschistischen Aktion in Dresden, demonstrierten heute vormittag auf dem Poppitz etwa 800 Erwerbslose. Die Kampfstimmung war glänzend und begeistert wurden die Ansprachen zum Protest gegen den neuen Unterstützungsabbau aufgenommen. Stürmisch begrüßt wurde die Mitteilung von dem Schulstreik, den bereits Hunderte von Arbeitereltern durchführen. Nach Beendigung der Kundgebung bildete sich ein Demonstrationszug, der unter Gesang und Kampfloisungen durch die Straßen zieht.

Massenselbstschutz gegen Naziterror

Türen und Fenster zu! So erscholl das Kommando der Schupo auf der Oppellstraße. Mehrere hundert Arbeiter stellten sich gestern abend in der zehnten Stunde den provozierenden Nazis entgegen. Die Polizei als gute Helfer der Faschisten, schlug in die Arbeiter ein und nahm wahllos Verhaftungen vor. Unter anderem brauchten sie ein Ueberfallkommando um 3 Arbeiter aus einem Haus der Oppellstraße zu verhaften.

Darüber waren die Hechtproleten so entrüstet, daß sie mehrere Straßenlaternen auslöschten und spontan die „Internationale" sangen. Bis spät in die Nacht hinein diskutierten Gruppen über die Notwendigkeit der Antifaschistischen Aktion. Die Bildung der Häuserstaffeln des roten Massenselbstschutzes gegen die faschistische Gefahr wurde in Angriff genommen.

Einheitsdemonstration mit Reichsbannerabteilungen in Dippoldiswalde

In Dippoldiswalde fand vorgestern eine glänzende Erwerbslosendemonstration mit Betriebsarbeitern für die Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde statt. Die Belegschaft des Betriebes Miag-Schmiedeberg, verschiedene Arbeiterorganisationen, darunter auch Reichsbannergruppen, beteiligten sich geschlossen an diesem gewaltigen Aufmarsch. Neben den roten Fahnen marschierten die Reichsbannerkameraden mit ihren Fahnen und Wimpeln auf. Die Demonstration wurde unter folgenden Losungen durchgeführt:

Gegen die faschistische Papenregierung!

Für den Schutz der Sowjetunion!

Gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, für die rote Einheitsfront!

Naziterror in Severingpreußen

Blutige Zusammenstöße in Berlin . 4 Arbeiter in Breslau niedergeschossen

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag, gegen 22 Uhr, fiel im Zentrum Berlins eine SA-Abteilung plötzlich eine Anzahl Arbeiter an. Zwei Arbeiter — darunter ein 14jähriger Jugendlicher — wurden schwer verletzt. Der Ueberfall wurde nicht etwa anläßlich einer Demonstration verübt, sondern die des Weges kommenden Arbeiter wurden plötzlich beschossen.

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern kam es in allen Stadtteilen Berlins zu großen Demonstrationen der Arbeiter gegen die Notverordnungen, gegen die Papenregierung und gegen den SA-Terror. Gegen diese Antifaschisten setzte der Berliner Polizeipräsident Grzesinski rücksichtslos Polizei ein. Wie selbst bürgerliche Blätter berichten, wurde von der Polizei in zahlreichen Fällen geschossen.

Antifaschistische Aktion gegen SA

Breslau, 23. Juni. Gestern abend kam es in allen Teilen von Breslau zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und provozierenden Mordbanditen der SA. Der von der SA angekündigte Aufmarsch konnte infolge der Massenmobilisierung nicht durchgeführt werden. Die Nazis rächten sich dafür, indem sie auf einzelne Arbeiter Ueberfälle organisierten. Unter den Arbeitern, auf die die SA-Banditen schossen, befinden sich mehrere Reichsbannerarbeiter.

Der Fememörder Heines hatte die gesamte SA aus Schlesien für eine Versammlung mobilisiert und die Polizei faktisch unter das Kommando der SA gestellt. In der Versammlung erklärte er:

„Wenn die Polizei uns nicht unterstützt, jagen wir sie zum Teufel! Die SA greift zur Selbsthilfe! An das Demonstrationsverbot werden wir uns nicht halten!"

Insgesamt wurden vier Arbeiter durch schießende Nazibanditen schwer verletzt, unter ihnen einer, der sieben Schüsse erhielt.

SA-Krawall an Frankfurter Universität

Frankfurt a. M., 22. Juni

Heute vormittag wurde von der Frankfurter SA ein planmäßiger Krawall an der Universität organisiert, weil der Rektor das Tragen der verbotenen SA-Uniformen innerhalb der Universität verboten hat. Ein Polizeibeamter und ein amerikanischer Student wurden von den SA-Mordbanditen ernsthaft verletzt. Die Polizei, die sich sehr zurückhaltend benahm, drängte schließlich die SA-Mordbuben von den Straßen zurück. Der Rektor hat wegen der Vorfälle die Universität sofort geschlossen. Ueber die Wiedereröffnung ist noch nichts bekannt.

Verbotsdrohung gegen Arbeiterstimme

Heute morgen erhielten wir vom Polizeipräsidium Dresden eine abermalige scharfe Verwarnung, die folgenden Wortlaut hat:

An den Verlag der Arbeiterstimme,

Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße

In Nr. 143 der „Arbeiterstimme" befindet sich auf Seite 2 ein mit

„Das Zentralkomitee der KPD an alle Werktätigen überschriebener Aufruf, der folgende Sätze enthält:

„Nur die Massen selber können mit außerparlamentarischem Kampf in den Massenaktionen und Streiks diese Forderungen erkämpfen.

Organisiert den politischen Massenstreik gegen die Regierung der Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur, gegen die Träger der monarchistischen Pläne, gegen die Papenregierung der Industriekapitäne, Junker und Generale."

Derartige Aufforderungen zu politischem Massenstreik als eines Mittels zum Kampfe gegen die verfassungsmäßige Regierung sind als vorbereitende Handlungen im Sinne des § 86 des Reichsgesetzbuches anzusehen.

Dieser Umstand wurde eine Verbotsmaßnahme auf Grund von § 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. März 1930 (RGBl. 1, S. 91) ohne weiteres rechtfertigen.

Das Polizeipräsidium will es aber für dieses Mal bei einer scharfen Verwarnung, die hiermit erteilt wird, bewenden lassen. Im Wiederholungsfalle ist aber unweigerlich mit einem längeren Verbote zu rechnen.

Polizeipräsidium, Abteilung 5
gez. Plötzenbauer

Nach dem Chemnitzer Polizeipräsidium ist das Dresdner der zweite in ganz Deutschland, das das Ultimatum des Zentralkomitees der KPD an die preußische SPD und das Zentrum zum Anlaß nimmt, das Verbot unserer Zeitung auszusprechen. Dabei kündigt es ausdrücklich eine längere Verbotsfrist an.

Die Arbeiterschaft muß auf diese Drohung mit gesteigerter Werbearbeit für ihre Zeitung antworten, in allen Orten, Betrieben und Organisationen die Werktätigen für die Verteidigung ihrer Presse mobilisieren!